

Zwei von drei Bürgern blicken mit Sorge in die Zukunft

Der Ukraine-Krieg schlägt noch stärker auf die Stimmung der Menschen in Baden-Württemberg als die Corona-Pandemie

Frage: „Viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind ja bereits in Deutschland, mit vielen weiteren wird gerechnet. Wie sollte sich Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine verhalten?“

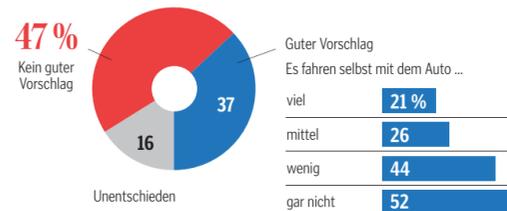


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Der Krieg in der Ukraine hat den Zukunftsoptimismus der baden-württembergischen Bevölkerung massiv einbrechen lassen. Dies zeigt eine aktuelle Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger sieht den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnung entgegen, die große Mehrheit ist hingegen tief besorgt: 34 Prozent blicken mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nächsten Monate, weitere 33 Prozent mit Skepsis. Schon infolge der Corona-Pandemie war die Stimmung in der Bevölkerung eher verhalten. Aber mit dem Ausbruch des Krieges, den stark gestiegenen Energiepreisen, der Sorge um die Sicherheit

der Energieversorgung und den allgemeinen Inflationssorgen ist der Zukunftsoptimismus der Bevölkerung vollends eingebrochen. Insbesondere der Krieg in der Ukraine bereitet den Bürgern große Sorgen. Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derart niedrig wie zurzeit. Die Befragung, die vom 23. bis 29. März 2022 durchgeführt wurde und sich auf 1057 Onlineinterviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahre stützt, zeigt aber auch die große Hilfsbereitschaft der Baden-Württemberger und die Bereitschaft, an der Energiewende wie auch an Einschränkungen mitzuwirken.

Frage: „Es gibt den Vorschlag, in der derzeitigen Situation vorübergehend ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen einzuführen. Finden Sie, das ist ein guter Vorschlag oder kein guter Vorschlag?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Große Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen

Mehrheit spricht sich für unbegrenzte Aufnahme aus

Die Hilfsbereitschaft ist ausgesprochen groß, denn die Stimmung gegenüber den aus dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Menschen ist eine gänzlich andere als bei der Flüchtlingswelle 2015/16. Gut jeder zweite Baden-Württemberger hält es in der derzeitigen Situation für angebracht, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt wie möglich. 43 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Anzahl der Flüchtlinge begrenzt wird; nur eine kleine Minderheit (sechs Prozent) möchte, dass Deutschland möglichst wenige

oder gar keine Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt. Die persönliche Bereitschaft und Offenheit, selbst Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, scheidet oftmals an den räumlichen Gegebenheiten. Immerhin zwölf Prozent der Baden-Württemberger hätten die Möglichkeit, bei sich zu Hause Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Die überwältigende Mehrheit kann dies hingegen nicht. Von denen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen, wären immerhin 16 Prozent in der Lage, Flüchtlinge bei sich im Haus aufzunehmen.

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen im

Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrageinstituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.



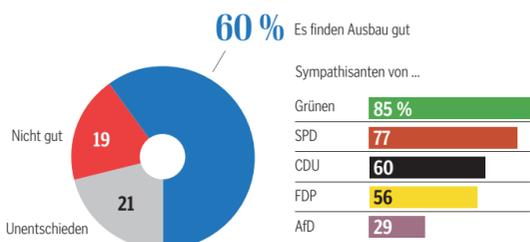
Tempolimit findet keine Zustimmung

Vor allem Vielfahrer lehnen Tempo 100 auf Autobahnen ab

Neben der finanziellen Entlastung der Bürger sucht die Politik aktuell nach Möglichkeiten, wie der Energieverbrauch gesenkt werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch der Vorschlag diskutiert, ein vorübergehendes Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf Autobahnen einzuführen. Die baden-württembergische Bevölkerung bewertet diesen Vorschlag äußerst skeptisch: Lediglich 37 Prozent halten eine temporäre Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen für sinnvoll, fast jeder Zweite äußert

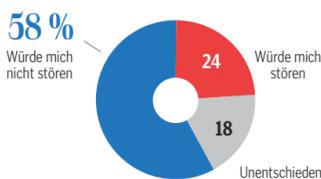
hingegen Vorbehalte. Besonders wenig Unterstützung erfährt der Vorschlag bei denen, die regelmäßig mit ihrem Auto unterwegs sind: Von den Vielfahrern, die mehr als 20 000 Kilometer im Jahr mit dem Auto unterwegs sind, hält nur jeder Fünfte ein Tempolimit für einen guten Vorschlag. Die große Skepsis hängt ganz wesentlich damit zusammen, dass die Bevölkerung sich nur begrenzte Einsparpotenziale von einer sparsameren Fahrweise verspricht. Aber: 45 Prozent fahren weniger Auto, immerhin 34 Prozent auch spritsparender.

Frage: „Um die Energieversorgung in Deutschland noch stärker auf erneuerbare Energien umzustellen, soll zukünftig der Windkraftausbau rasch vorangetrieben werden. Finden Sie das alles in allem gut, oder finden Sie das nicht gut?“



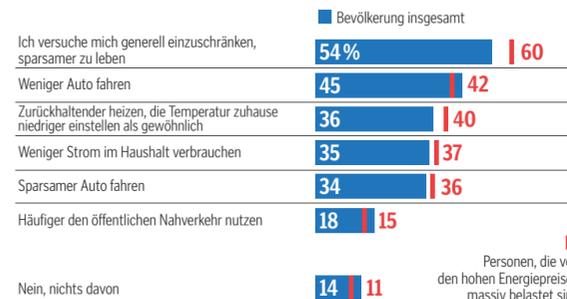
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Frage: „Wenn man bei Ihnen in der Nähe, dort wo Sie wohnen, ein Windrad aufstellen würde: Würde Sie das stören oder nicht stören?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Frage: „Haben Sie wegen der gestiegenen Energiepreise etwas in Ihrem Alltag geändert bzw. planen Sie, demnächst etwas zu ändern?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Mehr Tempo beim Bau von Windkraftanlagen

Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen schnell verringern

In den letzten Wochen seit Ausbruch des Krieges ist der Bevölkerung bewusst geworden, wie abhängig Deutschland von Gas- und Öllieferungen aus Russland ist. Uplötzlich sieht die Mehrheit der Bevölkerung die Sicherheit der Energieversorgung in Gefahr. Trenduntersuchungen des Allensbacher Instituts zeigen, dass in den vergangenen Jahren stets rund zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Versorgung mit Energie für gesichert hielten, aktuell sind es nur noch sechs Prozent.

Die Bevölkerung unterstützt derzeit alle Möglichkeiten, die zu einer Reduktion der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen führen können. So schließen sich 60 Prozent der Befragten der Forderung an, den Windkraftausbau künftig rasch voranzutreiben. In dieser Frage sind sich die Anhänger nahezu aller Parteien mit Werten zwischen 56 (FDP) und 85 Prozent (Grüne) einig; lediglich die Sympathisanten der AfD sprechen sich mehrheitlich gegen den raschen Ausbau der Windkraft in Deutschland aus.

„Ja“ zum Windrad auch vor der eigenen Haustür

Mehrheit will auch die bürokratischen Hindernisse verringern

Der Ausbau der Windkraft in Deutschland wird grundsätzlich schon seit vielen Jahren von einer breiten Mehrheit unterstützt. Kritischer wurde es immer nur dann, wenn es um den Ausbau vor der eigenen Haustür ging. Aktuell würde eine deutliche Mehrheit der Baden-Württemberger den Bau eines Windrads in der unmittelbaren Nachbarschaft akzeptieren. 58 Prozent würde es nicht weiter stören, wenn bei ihnen in der Nähe, dort wo sie wohnen, ein Windrad aufgestellt würde. Knapp jeder Vierte würde sich hingegen

durch ein Windrad in der eigenen Nachbarschaft gestört fühlen. Einem beschleunigten Ausbau der Windkraft standen in der Vergangenheit oftmals die langjährigen Planungsverfahren im Wege. Um den Windkraftausbau zu beschleunigen, hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann daher vorgeschlagen, die Genehmigungszeiten für neue Windkrafttrader zu verkürzen, indem die Einspruchsmöglichkeiten der Bürger reduziert werden. Die Baden-Württemberger hätten damit kein Problem: 55 Prozent unterstützen den Vorschlag.

Hohe Energiepreise zwingen zu Einschränkungen

Mit niedrigeren Raumtemperaturen die Heizkosten deutlich senken

Aufgrund der gestiegenen Energiepreise versuchen 54 Prozent der Bevölkerung, sich generell stärker einzuschränken und ihr Leben sparsamer zu gestalten. Weniger und sparsamer Auto fahren: Diese Maßnahme ist populär. Ähnlich viele versuchen den steigenden Energiepreisen zu begegnen, indem sie weniger heizen und die Raumtemperatur bei sich zu Hause senken. So empfiehlt das Umweltbundesamt tagsüber sogar nur rund 20 Grad in den Wohnräumen. Für die Küche reichen auch 18 Grad, im Schlaf-

zimmer 17 Grad. Damit lässt sich sparen: Mit einem Grad weniger sinken die Gaskosten zum Heizen in einem 110-Quadratmeter großen Einfamilienhaus (drei Personen) um rund 75 Euro pro Jahr, für Mieter einer 70-Quadratmeter Wohnung im Mehrfamilienhaus um rund 35 Euro (zwei Personen). Einen Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr haben bisher nur wenige vollzogen oder ernsthaft in Betracht gezogen: Lediglich 18 Prozent der Baden-Württemberger nutzen derzeit häufiger den ÖPNV, um auf die gestiegenen Energiepreise zu reagieren.